



Edito

Abschottung und Kontingente – der falsche Weg



Die Zuwanderungsstatistik des Bundes zeigt auf, dass seit 2007 deutlich mehr Zuwanderer aus dem EU-Raum in die Schweiz kommen, um hier zu arbeiten und schliesslich ihre Familien nachziehen zu lassen. Dass dabei nicht nur hochqualifizierte Leute ihre Chancen sehen und ihr Glück versuchen ist nicht weiter verwunderlich, sind doch in den Herkunftsländern die Löhne auch für weniger qualifizierte Arbeiten deutlich tiefer als bei uns. Man darf nicht verschweigen, dass längst nicht alle einen dauerhaften Job haben. Dank gut ausgebaute Sozialstaat lässt es sich hier gut ergehen.

Die SVP will nun mit ihrer Initiative und dem Rezept der Kontingente nicht nur die Zuwanderung stoppen, sondern auch das immer «heissgehaltene» Thema der Ausländerkriminalität in den Griff bekommen. Dabei wird aber ausgeblendet, dass diese kriminellen Handlungen zu einem grossen Teil von einer Täterschaft ausgeübt werden, die keinen Wohnsitz in der Schweiz haben. Somit ändert die Initiative über die Massenzuwanderung bezüglich Ausländerkriminalität wohl kaum etwas. Mit Kontingenten vollzieht sich ein Rückschritt, der mit einer freien Gesellschaft kaum vereinbar ist. Es kann und darf nicht die Aufgabe des Staates sein, mit Beamten an Schreibtischen den Unternehmen vorzuschreiben welche Leute sie zu beschäftigen haben. Die Initianten schüren mit der Initiative Angst, fördern den Unmut in der Bevölkerung und ignorieren dabei, dass der Staat mit jedem Eingreifen und Überwachen unsere so hochgepriesene Freiheit mehr und mehr einschränkt.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Personenfreizügigkeit uns vor eine grosse Herausforderung stellt und sich auch andere Länder der EU mit der Zuwanderung schwer tun. Nachhaltige Lösungen werden aber nur dann gefunden, wenn Ursachen- und nicht Symptom-Bekämpfung betrieben wird.

Dies hat kürzlich Dominik Feusi (Bundeshausredaktor) in einem veröffentlichten Blog aufgezeigt. Er nahm dabei Bezug auf ein Referat vom liberalen Ökonomen und Nobelpreisträger Milton Friedman, der darauf hinweist, dass Zuwanderung nie ein Problem war, solange es keinen Sozialstaat gab, der es den Zugewanderten erlaubte, auf Kosten aller anderen zu leben. Anders ausgedrückt, liegt der direkte Zusammenhang von Sozialstaat und Zuwanderung darin, dass wohl kein Zuwanderer einen Grund sieht unser Land zu verlassen, wenn er nach Aussteuerung durch die Arbeitslosenkasse von der Sozialhilfe mehr erhält als in seinem Land der Mindestlohn beträgt.

Dominik Feusi bringt das wie folgt auf den Punkt. Zitat: «Nicht Staatswirtschaft mit Kontingenten ist die freiheitliche Lösung, sondern das Zurücknehmen des Sozialstaates und die Stärkung der Selbstverantwortung der Menschen für sich und ihre Familie und ihre Freiheit, dort nach ihrem Glück zu streben, wo sie ihre Chancen sehen.»

Die Politik für Freiheit und Verantwortung erfordert Mut und ist nicht immer populär. Aus Überzeugung: Nein zur Masseneinwanderungsinitiative, weil es der falsche Weg ist.

Walter Stähli, Präsident FDP Sense

7 Hauptziele 2014 der FDP. Die Liberalen

1. Mindestlohn-Initiative ablehnen

Mit dem weltweit höchsten Mindestlohn würden wir den liberalen Arbeitsmarkt in der Schweiz gefährden. Nur wenn wir diesen ablehnen, bleiben wir konkurrenzfähig! Zudem gingen Jobs im Tieflohnbereich verloren und noch mehr Ausländer würden angezogen. Deshalb sagt die FDP NEIN zur Mindestlohn-Initiative und JA zur Sicherung von Jobs.

2. Masseneinwanderungsinitiative ablehnen

Die Masseneinwanderungsinitiative gefährdet die bilateralen Abkommen mit der EU und schadet damit unserem Land. Denn die Bilateralen öffnen die Tür für 60% unserer Exporte und garantieren der Schweiz jeden Werktag 1 Milliarde Franken Handelsvolumen. Lehnen wir die Initiative ab – und sichern wir Jobs in der Schweiz.

3. Staatliche Monopolkasse ablehnen

Die Einheitskasse will das Gesundheitssystem verstaatlichen. Dadurch käme es zu einer Rationierung der medizinischen Leistungen – das darf nicht sein! Nur eine Ablehnung garantiert Wahlfreiheit, die hohe Qualität der medizinischen Leistungen und verhindert höhere Kosten. Die FDP sagt NEIN zu diesem Staatsmoloch!

4. Verbotskultur stoppen

Ob Happy-Hour, Alkoholverkauf oder E-Zigaretten: Alles soll verboten und

eingeschränkt werden. Die FDP kämpft gegen die fortschreitende staatliche Bevormundung und setzt sich ein für mehr Freiheit und Eigenverantwortung.

5. Renten vor dem Kollaps bewahren

Unserer Altersvorsorge droht der Schuldenkollaps. Die Linken wollen die Mehrwertsteuer um 2% erhöhen. Dagegen stellt sich die FDP und fordert die Einführung einer AHV-Schuldenbremse sowie ein flexibleres Rentenalter. Zeigen wir Verantwortung und lassen wir AHV und BVG nicht im Schuldenloch versinken!

6. Asylvollzug konsequent verbessern

Wir verlangen rasche und einfache Asylverfahren sowie eine konsequente Umsetzung des Ausländer- und Asylgesetzes. Wer sich nicht an unsere Rechtsordnung hält oder das Asylrecht missbraucht, soll bestraft werden. Das ist auch ein Gebot der Fairness gegenüber den echten Flüchtlingen, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind und geschützt werden müssen. «Hart, aber fair» heisst die Losung der FDP.

7. Nur Integrierte werden Schweizer

Die erfolgreiche Integration ist für die Einbürgerung in der Schweiz zwingende Voraussetzung. Deshalb kämpft die FDP für harte, aber faire Integrationskriterien.

Quelle: Newsletter Januar 2014
www.fdp.ch

Inhaltsverzeichnis

Seite 1	– Edito – 7 Hauptziele 2014 der FDP. Die Liberalen
Seite 2	– Abstimmung vom 9. Februar 2014: «Masseneinwanderungsinitiative»
Seite 3	Abstimmung vom 9. Februar 2014: – Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» – zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)
Seite 4	– Agglo Freiburg: Mit oder ohne Düringen? – Wir wollen dich!

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014: Masseneinwanderungsinitiative



Die Initiative ist von der SVP eingereicht worden und verlangt einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik. Sie will die Zuwanderung begrenzen, indem der Staat

Höchstzahlen für Bewilligungen im Ausländer- und Asylbereich festlegen soll. Der genaue Wortlaut der Verfassungsänderung lautet wie folgt.

Die Initiative wird einzig von der SVP unterstützt. Abgelehnt wird sie von der FDP sowie von CVP, JCVP, BDP, GLP, EVP, SP und den Grünen wie auch von Nationalrat (mit 140 zu 54 Stimmen),

Ständerat (37 zu 5) und Bundesrat. Ebenfalls Ablehnung findet die Initiative bei 9 grossen Wirtschafts-, Berufs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden.

Bei genauerem Studium der Initiative wird es Ihnen wohl gleich ergehen wie mir. Ich finde in der Initiative durchaus auch positive Aspekte. So stelle ich mir tatsächlich auch die Frage wie lange die kleine Schweiz jährlich zwischen 60 - 80'000 Leute mehr beherbergen und die Folgen dieser Nettozuwanderung – zugewanderte abzüglich ausgewanderte Personen – meistern kann. Unser Bauplan wird immer knapper, die Stassen immer verstopfter und der Freiraum immer enger. Die Sozialwerke bekunden Düstere und die kulturelle Identität

wird zusehends abgelöst durch Multikulti. Es gibt tatsächlich nicht sehr viele Staaten wo ein viertel der Bevölkerung ausländischer Herkunft ist und aus unzähligen Nationalitäten besteht. Dadurch entstehen Ängste in der Bevölkerung. Diese einfach zu ignorieren wäre gefährlich und fatal. Ob nun die Masseneinwanderungsinitiative das Non plus Ultra ist wage ich jedoch zu bezweifeln. Schliesslich ist ja die Masseneinwanderung die Nebenwirkung unseres erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialstaates. Es ist doch immer noch besser so als umgekehrt. Gefährlich wird es, wenn wir an den Grundpfeilern unseres Erfolgssystems sägen um die Nebenwirkungen zu bekämpfen. Selbst von den Initianten unbestritten ist die EU unser wichtigster Handelspartner. Die Masseneinwanderungsinitiative widersetzt sich dem Personenfreizügigkeitsabkommen. Dies wiederum bedeutet, dass sämtliche Abkommen der Bilateralen I (Personenfreizügigkeit, Technische Handelshemmnisse, Öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Forschung, Luftverkehr, Landverkehr) ausgesetzt werden, weil sie nur als Gesamtpaket verhandelbar sind. Bilanz der Übung: Wir versuchen ein Problem zu lösen indem wir sieben neue mit ungewissem Ausgang schaffen. Denn die Zeiten sind längst vorbei, wo wir mit Rosinenpickerei Verhandlungen erfolgreich abschliessen können. Eigentlich hätte ich damit bereits Grund genug um die Initiative abzulehnen ohne die vielen offenen Fragen auch noch anzuschneiden. Fragen wie «Wer bestimmt die Höhe der Bewilligungen? Wie werden die Bewilligungen auf die einzelnen Kantone und auf die verschiedenen Branchen verteilt? Was passiert, wenn Asylgesuche zunehmen, werden dem-

entsprechend die Bewilligungen für Arbeitskräfte gekürzt? Wie viele neue Beamtenstellen braucht es um die ganze Administration zu bewältigen? Ist das Vertrauen in unsere Unternehmen so schlecht, dass man denkt, sie würden Arbeitsverträge mit Ausländern eingehen nur um Lohndumping zu betreiben oder die Zuwanderung zu fördern? Warum werden Asylanten und kompetente Arbeitskräfte im gleichen Topf bearbeitet? Warum sind Grenzgänger für die Bewilligungen anrechenbare Ausländer, obwohl sie nicht in der Schweiz wohnen?» Viele Fragen, auf die mir die Initiative keine Antworten liefert. Wie eingangs erwähnt, stelle ich Probleme mit der Zuwanderung nicht in Abrede und ich mache mir auch Sorgen über das Ausmass. Es missfällt mir jedoch, alle Ausländer in den gleichen Topf zu werfen und sie unisono mit dem Negativimage zu versehen. Es gibt sehr viele gute, tüchtige ausländische Arbeitskräfte auf die wir angewiesen sind. Bei Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bin ich überzeugt, dass wir uns Schweizern langfristig selber am meisten Schaden. Stellen wir diese Initiative ins jetzige politische Umfeld, so stellen wir fest, dass sie zusammen mit anderen links-rechts Initiativen (Abzockerinitiative, 1:12- und Mindestlohninitiative) dem Wirtschaftsstandort Schweiz viel mehr schaden als wir tatsächlich wahrnehmen. Wozu? Nur um sich politisch zu profilieren? Genau dieselben schreien dann am lautesten nach Staatshilfe, wenn Unternehmen Entlassungen aussprechen wie dies z.B. bei Cardinal, der Paulus Druckerei, der Wifag-Polytyp, Ilford und bei Spital-schliessungen geschehen ist.

Fritz Burkhalter, Grossrat

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:
Gesetzgebung im Ausländer- und Asylbereich

Art. 121a (neu) Steuerung der Zuwanderung

¹ Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

³ Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

⁴ Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

⁵ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9² (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)

Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb von drei Jahren nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.

² Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a drei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

architekturmueller.ch

Architektur Mueller GmbH
Guido Müller, dipl. Architekt FH
Vullyweg 36, 3186 Düringen
Tel 026 493 08 00

WSM

Walter Stähli
Felsenegg 6
3184 Wünnegg
026 496 48 40

Mechanik & Sicherheitstechnik
Kassen- / Feuerschutzschränke



AEBI-KADERLI GARTEN-CENTER

Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera 1
CH-3186 Düringen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

trans-auto
it's clean
Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitoi.ch
WC-Kabinen
Cabines WC
www.trans-auto.ch

STAMPFLI AG

HAUSTECHNIK
SANITÄR & HEIZUNG

HAUPTSTRASSE 15
3186 DÜRINGEN
TEL. 026-493 11 29
FAX 026-493 29 62



50 Jahre
Garage Fasel
Düringen

STERNHAUS DÜRINGEN AG

Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düringen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier
Die Druckerei mit dem guten Auge!
Bonnstrasse 22 | 3186 Düringen | www.sensia.info
Tel. 026 492 90 60 | office@sensia.info

Küchenumbau geplant?
Wir sind Ihr Partner!
Denn wir garantieren Ihnen...
• eine kompetente Beratung
• Qualitätsarbeit nach Ihren Wünschen
• Organisation und Betreuung der gesamten Umbauarbeiten
Setzen Sie auf uns! Ihr Küchenspezialist
Bahnhofstrasse 37 • 3185 Schmittlen • Tel. 026 497 50 00
info@boschung.ch • www.boschung.ch

Wir haben was Sie suchen.



LEHMANN

Düringen | www.lehmann.info

Säumige Zahler?

HELVETICUM Inkasso SA-AG

Rue de Romont 12
1701 Fribourg
Tel 026 347 58 58
www.helveticum-inkasso.ch

RENAULT
ZENTRUM GARAGE
WALTHER
3186 Düringen / Fribourg
Tel. 026 351 55 00
www.zentrum-garage.ch
PEUGEOT
RENAULT

Erwin SPICHER AG

Malerei Gipserei Fassaden-Isolationen
Mostereiweg 6 3186 Düringen Tel. 026 493 36 00



RIEDO
CLIMA
www.riedoclima.ch

Düringen Bulle Bern Flamatt
Neuchâtel Fribourg Port Murten

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014: Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Die Gesundheitskommission des Ständerats sagt wie die FDP klar NEIN zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Votum von Carmen Walker-Späh, Präsidentin FDP. Die Liberalen Frauen:

Vor elf Jahren hat das Schweizer Volk der Fristenregelung mit über 70 Prozent deutlich zugestimmt. Die Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen war fester Bestandteil der damaligen Abstimmungsvorlage. Auch die Gesundheitskommission des Ständerats hat sich heute klar zum Volksentscheid bekannt und der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» eine Abfuhr erteilt.

Die Initiative will vordergründig diesen Finanzierungsentscheid umstossen. Frauen sollen in Zukunft selber für den medizinischen Eingriff aufkommen. So behaupten die Initianten, sie wollten damit die Kosten im Gesundheitsbereich reduzieren (um 0.03 Prozent!) und die (bereits heute europaweit tiefste!) Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen reduzieren. Es wird klar: Diese Argumente greifen nicht.

Die geltende Fristenregelung hat sich bewährt. Einerseits stellt sie Information und Beratung für Schwangere, die einen Abbruch vornehmen wollen, sicher. Andererseits sichert sie die Qualität der erforderlichen medizinischen Leistungen: Die Fristenregelung sorgt für Rechtssicherheit und schafft klare Bedingungen

für den straflosen Schwangerschaftsabbruch. Dazu gehört eben auch die Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenversicherung.

Als Liberale sind wir entschieden der Meinung, dass die Kosten eines straflosen Schwangerschaftsabbruchs eine untergeordnete Rolle spielen dürfen. Vielmehr müssen bei diesem nach wie vor schwerwiegenden Entscheid für eine Frau individuelle moralische, sozialethische und auch religiöse Überlegungen im Vordergrund stehen. Jede Frau soll und muss eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie mit einer ungewollten Schwangerschaft umgehen will.

Es ist die vornehme Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Frauen in diesem in jedem Fall schwierigen Prozess so gut als möglich beizustehen. Mit der Abtreibungsinitiative wäre das nicht mehr sichergestellt. Abtreibungen würden in die Illegalität und ins Ausland vertrieben, was die Gesundheit der betroffenen Frauen gefährdet.

Mit der Umsetzung dieses Volksbegehrens würden auch die Gesundheitskosten nicht gesenkt: Schwangerschaftsabbrüche belasten die obligatorische Krankenversicherung mit einem vernachlässigbaren Anteil von 0,03 Prozent. Die Initianten blenden aus, dass die betroffenen Frauen über Franchise und Selbstbehalt bereits heute einen grossen Teil der Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs selber tragen.

Und wo bleibt eigentlich die Verantwortung des Mannes? Für eine Schwangerschaft braucht es immer zwei. So ist es nur logisch, dass auch die Kosten von der Krankenkasse solidarisch übernommen werden.

Die Initiative setzt ein gesellschaftspolitisch völlig falsches, ja gefährliches Zeichen. Indem sie den straflosen Schwangerschaftsabbruch als etwas «Verwerfliches» stigmatisiert, zielt sie direkt auf die heutige Fristenlösung. Und das ist wohl auch das nicht genannte, jedoch offensichtliche Ziel der Volksinitiative: Das Rad der Zeit wird zurückgedreht – der Schwangerschaftsabbruch wieder stigmatisiert und moralisiert. Das ist einer liberalen Gesellschaft nicht würdig.

Mit 34 zu 4 Stimmen hat der Ständerat das Ansinnen von Mit-Initiant Peter Föhn (SVP, SZ) abgeschmettert, die Forderung der Anti-Abtreibungs-Initiative ins KVG zu schreiben – klarer geht es nicht mehr!

Quelle: www.fdp.ch

Votum von This Jenny, SVP/GL:

Vor rund elf Jahren haben wir über diese Frage abgestimmt. Gleichzeitig befürwortete die Bevölkerung, dass die obligatorische Krankenversicherung diese Kosten übernimmt. Kollege Föhn – bei allem Verständnis,

das ich für Ihre Grundhaltung habe –, ich weiss jetzt wirklich nicht, was Sie nun nach elf Jahren hier wieder schrauben oder verändern wollen. Die Kosten können es nicht sein; es handelt sich um rund 0,03 Prozent der gesamten Gesundheitskosten... Wenn es also nicht die Kosten sind, ist man mit dieser Volksinitiative auf dem besten Weg, ohne Not Betroffene in Not zu bringen. Wollen Sie das? Das kann ich mir fast nicht vorstellen. Betroffen wären nämlich einmal mehr die Ärmsten in unserer Gesellschaft, die Frauen, jene, die keine finanziellen Mittel haben; und genau jene wollen Sie jetzt ausschliessen. Die Betroffenen sind aber nicht nur die Frauen, sondern letztlich eben auch die Kinder. Viele können nichts dafür, dass der soziale Absturz bereits bei der Geburt vorprogrammiert ist. Es ist aber auch eine Bestrafung all jener Frauen, die unfreiwillig schwanger geworden sind, von Frauen, die sich in einer Notlage befinden. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass diese Initiative diesen Sinn verfolgt. Diese Frauen werden nämlich dadurch getrieben, einen illegalen Schwangerschaftsabbruch zu tätigen, was ungeahnte Folgekosten nach sich ziehen kann und letztlich für die Krankenkassen viel teurer zu stehen kommt.

Frauen in einer finanziellen und persönlichen Notlage von der medizinischen Behandlung auszuschliessen ist für mich nicht nachvollziehbar.»

Quelle: FB Seite «Nein zur Initiative Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014 zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur: Ein «Ja» für die Erhaltung unseres tollen öV-Netzes



Ja, es wird teuer, sehr teuer sogar. Trotzdem bin ich dafür. Dafür, dass wir uns unser ausgezeichnetes öV-Netz à jour halten. Deshalb werde ich ein JA zur Fabi (Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur) in die Urne legen.

Der Erfolg unseres öffentlichen Verkehrs (öV) hat auch seine Schattenseiten: Es wird manchmal eng in unseren Zügen, sehr eng. Jeden Tag transportieren alle Transportunternehmungen in der Schweiz täglich 1,2 Mio Passagiere. Immer mehr Schweizerinnen

und Schweizer benützen täglich das Angebot der Züge und Busse. Und die Schweizerinnen und Schweizer sind bei der Wahl ihres Verkehrsmittels sehr pragmatisch. Sie wählen dasjenige Verkehrsmittel, mit welchem sie so einfach, so günstig und so bequem wie möglich ans Ziel kommt. Dabei werden die gewählten Verkehrsmittel Bahn/Bus und Auto meistens auch kombiniert. Ein Plädieren für oder gegen die Strasse, für oder gegen den öV, macht der Grossteil der Schweizer Bevölkerung nicht mit. Ihr ist der Ausbau und der Unterhalt beider Netze viel wert, und dies kostet entsprechend.

Kosten wird der Ausbau der S-Bahn-Systeme wie auch die Anpassung des Fernverkehrsnetzes. So profitiert unser Kanton vom Ausbau (Beschleunigung) der Linie Bern–Freiburg–Lausanne. In Richtung Genf wird das überlastete Trasse zwischen Lausanne und Genf an mehreren Orten auf 3 Spuren ausgebaut. Unsere für das Sense Unterland wichtige S1 (Freiburg–Bern–Thun) wird zwischen Gümligen und Münsingen auf drei Spuren ausgebaut. Bereits jetzt werden zwischen Flamatt und Thörishaus die Signalanlagen für eine höhere Zugsdichte ausgebaut. Dieser Ausbau

würde nach der Annahme der FABI-Vorlage auf der ganzen Strecke Bern–Freiburg erfolgen und gesamtschweizerisch könnten viele Ausbauvorhaben realisiert werden. Auf Verfassungsstufe wird ein neuer, unbefristeter Bahninfrastruktur-Fonds geschaffen, der Betrieb und Unterhalt von Gleisen, Tunnels, Brücken, Perrons und Fahrleitungen sichert.

Finanziert wird FABI durch einen einmaligen Betrag von 6,4 Milliarden Franken aus der Bundeskasse, welchen das Parlament bereits bewilligt hat. Auch beitragen müssten die Pendler, welche künftig nur noch einen steuerlichen Pendlerabzug von CHF 3'000.– bei der Bundessteuer tätigen könnten.

Leisten wir uns ein JA zu Fabi. Denn besorgniserregende Zustände wie in England oder Deutschland, wo der Unterhalt des Netzes in den letzten Jahren massiv vernachlässigt wurde, können wir uns nicht leisten. Tragen wir Sorge zu unserem tollen Eisenbahnnetz, für welches uns die ganze Welt beneidet.

*Nicolas Bürgisser,
Oberamtmann des Sensebezirks, Mitglied
der Kant. Verkehrskommission*

Agglo Freiburg: Mit oder ohne Düringen?



Am 9. Februar 2014 werden sich die Düringerinnen und Düringer in einer Konsultativabstimmung äussern können, ob sie für den Verbleib oder den Austritt aus der Agglo Freiburg sind.

Die Agglo setzt sich aus einem Agglomerationsrat (Parlament) und einem Agglomerationsvorstand (Exekutive) zusammen. Sie befinden 2014 über ein Budget von rund 27 Millionen Franken. Die Agglo kann sich ausserdem für 75 Millionen Franken verschulden.

Der Gemeinderat hat sich verpflichtet je nach Resultat entweder ein Gesuch für den Austritt zu stellen oder die jetzige Situation beizubehalten. In einem Faltblatt orientiert der Gemeinderat über die wichtigsten Fakten zur Agglo sowie deren Chancen und Risiken einer Mitgliedschaft.

Die gesetzliche Grundlage zur Agglomeration wurde bereits im Jahr 1995 geschaffen. Bis sie endlich Realität wurde vergingen 13 Jahre! Vermutlich hätte es noch länger gedauert, wäre da nicht die Neue

Regionalpolitik (NRP) des Bundes gewesen, die unter der Voraussetzung, dass entsprechende Strukturen gebildet würden, Gelder versprochen hatte. Im Juni 2008 kam es anlässlich einer Abstimmung zur Genehmigung der Statuten und damit faktisch zur Gründung der Agglo Freiburg.

Nachdem die Problematik eines Beitritts bekannt wurde, hat sich die Gemeinde Töfers 2007 in einer Konsultativabstimmung dagegen ausgesprochen. In Düringen ging es gleichzeitig wesentlich undemokratischer zu. Obwohl CSP, FDP und SVP den Gemeinderat aufforderten, ebenfalls eine Konsultativabstimmung durchzuführen, hat sich dieser geweigert.

Zu Unrecht wurde den Düringern erzählt, dass genau diese Agglomeration Voraussetzung sei um Bundesgelder aus Bern zu erhalten. Tatsache war und ist es noch heute, dass die Agglomeration Freiburg mit ihrer komplexen Struktur in der schweizerischen Landschaft alleine da steht. Bulle zum Beispiel hat ebenfalls eine Agglo gegründet und brauchte dazu lediglich ein paar Monate – im Gegensatz zu den 13 Jahren in Düringen! Zur grossen Überraschung der Freiburger Agglo war Bulle damit erfolgreich und erhielt im ersten Anlauf das Manna aus Bern.

Das Freiburger Agglo-Programm erhielt dagegen gleichzeitig schlechte Noten.

Den Düringern wurde 2008 die Agglo mit dem Argument «verkauft», dass damit Bundesgelder für den Bau der Umfahrungsstrasse abgeholt werden könnten. Diese Möglichkeit hat sich leider in Luft aufgelöst. Die Umfahrungsstrasse ist in der Zwischenzeit ein kantonales Projekt. Schon alleine dieser Umstand müsste zu einem Austritt aus der Agglo führen.

Tatsache bleibt zudem, dass Düringen mit 5 Stimmen von 50 und als einzige Sensler-Gemeinde sich in einer kleinen Minderheit befindet. Das Besondere an der schweizerischen Demokratie ist der Minderheitenschutz. Die Statuten der Agglo sehen dafür aber nichts vor. Die grössten Investitionen werden im Kantonshauptort getätigt. Düringen muss sich gemäss Verteilschlüssel mit 11% an diesen Kosten beteiligen, d.h. diese über die laufende Rechnung der Gemeinde finanzieren, und hat schliesslich praktisch nichts dazu zu sagen!

Die Agglo soll das Verständnis zwischen den Sprachregionen fördern. Fakt ist jedoch, dass die Voraussetzung, um sich in die Gremien der Agglo wählen lassen

zu können, das Beherrschen der französischen Sprache ist. Oder wie ist es möglich in Deutsch bei einem zum grössten Teil französischsprachigen Publikum ohne Simultanübersetzung ein Anliegen durchzusetzen? Seien wir doch ehrlich: Düringen verbessert das Image der Agglomeration, denn durch diese Gemeinde kann sie sich als einzige zweisprachige Agglomeration der Schweiz bewundern lassen.

Die Agglomeration Freiburg ist in Düringen undemokratisch zustande gekommen. Die Düringerinnen und Düringer haben 2008 den Statuten mit 60% eine deutliche Abfuhr erteilt. Wir brauchen keine zusätzliche vierte Entscheidungsebene mit einer entsprechend grossen und kostspieligen Organisation. Die Schuldenentwicklung in der Agglomeration gehört zu einer der grossen Unbekannten. Schon alleine deswegen sollte Düringen den Schritt aus der Agglo tun. Die wenigen Vorteile wiegen den Arbeitsaufwand für die ohnehin schon überbelasteten Gemeindebehörden nicht auf. Wäre all' die Energie statt in die Agglo in das Wohlergehen der Gemeinde investiert worden, so hätten wir vielleicht über keine Steuererhöhung abstimmen müssen.

Irmgard Jungo, Düringen



SekretärIn FDP Sense

Ehrenamtliches Engagement für freisinnig-liberale Werte

Aufgaben: Führen der Protokolle der Bezirksvorstands-Sitzungen (ca. 8 Sitzungen pro Jahr), Nachführen der Adressen, Verfassen und Versand von Einladungen, Bereitstellen der Infrastruktur für Versammlungen, kleinere administrative Arbeiten nach Bedarf.

Weitere Auskünfte erteilt der Präsident der FDP Sense, wsmstaehli@bluewin.ch, 079 334 33 25

Abstimmungsparolen der FDP Kt. Freiburg

NEIN

zur Masseneinwanderungsinitiative

NEIN

zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

JA

zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)



Baeriswyl, Schaller u. Partner AG
Dipl. Bau-Ing. ETH/SIA

Bonnstrasse 26, 3186 Düringen
Tel. 026 493 19 15
office@bsping.ch, www.bsping.ch

schaller wohnen

möbel vorhänge bodenbeläge teppiche polsterwerkstätte

schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 itzmatt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch

Garant für gutes Wohnen



ARCHITEKTEN AG
sia, iso 9001:2000
Tel. 026 492 94 49
Fax 026 493 33 64
Industriestrasse 12
3186 DÜRINGEN
www.kocher-partner.ch

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Düringen
www.fdp-sense.ch

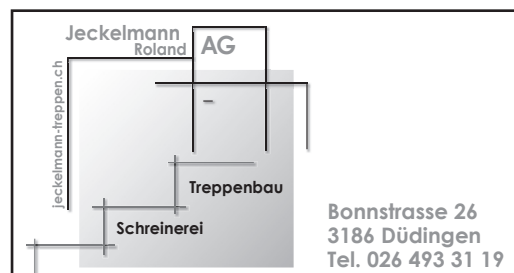
Impuls:
Sabine Brägger-Stauffer
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Düringen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Düringen



Elektro-Installationen Lichtplanung
Telekommunikation Elektro-Fachgeschäft
Steuerungen/Schaltanlagen Reparaturen / Service



Bonnstrasse 26
3186 Düringen
Tel. 026 493 31 19

emmental
versicherung

Die Versicherung für KMU,
Privathaushalt und Landwirtschaft

Christoph Zbinden • Hauptagentur Freiburg
Route de Chantemerle 41 • 1763 Granges-Paccot
Tel. 026 460 76 82 • christoph.zbinden@emmental-versicherung.ch

Wir rechnen Ihren Erfolg

axalta
Treuhand AG

Wirtschaftsprüfung
Buchführung
Unternehmensberatung

Duensstrasse 1
CH-3186 Düringen
Tel +41 26 505 11 11
Fax +41 26 505 11 12
info@axalta.ch
www.axalta.ch

TREUHAND KAMMER TREUHAND SUISSE



IMMO NOVA AG

Ihr Immobilienvermittler

Bahnhofplatz 5
1701 Freiburg

Tel. 026 351 15 70
www.immonova.ch